

Das sagt die CDU zum Thema Pflege

Politik für sozial Schwache setzt immer da an, wo die Menschen sich selbst nicht mehr helfen können und andere Hilfesysteme ausgereizt sind (Subsidiarität). Ein wichtiger Bereich, der mit großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen verbunden ist, ist das Thema Pflege. Nach einer Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die **Zahl der Pflegebedürftigen** von heute 2,75 Millionen auf 3,54 Millionen im Jahr 2020 ansteigen; dies entspricht einem Zuwachs von knapp 30 Prozent. Für 2030 wird mit einem Zuwachs von bis zu 80 Prozent gerechnet. Für 2050 wird die Zahl der erwarteten Pflegebedürftigen mit bis zu 5,9 Millionen beziffert (vgl. Enquete-Kommission Demografischer Wandel). Auch Tempelhof-Schöneberg macht bei dieser Entwicklung keine Ausnahme. Die Zahlen beweisen: Den Themen Pflege und Pflegebedürftigkeit muss größte Aufmerksamkeit geschenkt werden! Die CDU Tempelhof-Schöneberg begrüßt ausdrücklich, dass nunmehr der von uns geforderte und vom CDU-Baustadtrat mitinitiierte dritte **Pflegestützpunkt in Mariendorf** - in enger Kooperation mit der dort ansässigen Deutschen Rheumaliga - eingerichtet wird. Dies ist ein wichtiger Schritt, um den zunehmenden Bedarf an fachlicher Beratung und Vermittlung zu befriedigen.

Hilfe zur Pflege ist ein wichtiger Bereich von Leistungen des Sozialamtes auf Bezirksebene. Sie wird Menschen gewährt, bei denen die **Leistungen der Pflegeversicherung** nicht für den gesamten Bedarf ausreichen und keine nahestehenden Personen in ausreichendem Umfang helfen können. Menschen, die keine Leistungen der Pflegeversicherung erhalten können, weil sie nicht Mitglied sind oder die Wartezeit noch nicht abgelaufen ist, erhalten Leistungen für den gesamten Bedarf. Auch **Menschen ohne Pflegestufe** erhalten Hilfe zur Pflege, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Die Leistungen umfassen häusliche Pflege, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege, Hilfsmittel und stationäre Pflege.

Die CDU fordert daher:

- Bürger, die im Bezirk Tempelhof-Schöneberg Leistungen gemäß SGB XII oder SGB II erhalten, müssen kontinuierlich erfasst werden, um eine Kontrolle von erbrachten Leistungen der Sozialstationen durch das Sozialamt zu ermöglichen.
- Das **Controlling** muss von Pflegefachkräften erfolgen, um die individuelle Versorgung zu erfassen und unabhängig zu kontrollieren und zu dokumentieren.
- Alle **Mitarbeiter des Sozialamtes**, die im Bereich der Pflegezuwendungen tätig sind, sind ab 2016 für das Pflegestärkungsgesetz II zu schulen. Alle Formulare der Begutachtungsrichtlinien müssen entsprechend angepasst werden.
- Da der Bedarf an Betreuungsleistungen steigen wird, ist vom Sozialamt abzusichern, welche Dienste für diese Betreuungsleistungen zu welchen Konditionen eingesetzt werden. Auch für die Betreuungsleistungen hat ein entsprechendes Controlling zu erfolgen.



Defizite und Pflegebetrug

Es ist nicht zu leugnen, dass es bei der Pflege Missstände und zum Teil auch kriminelle Machenschaften gibt. So werden nicht erbrachte Leistungen abgerechnet. Deshalb brauchen wir ein **System der Leistungskontrolle** in der Pflege.

Die CDU fordert deshalb:

- Sollten Pflegedefizite erkennbar sein, hat der Bezirk das Recht, der Sozialstation umgehend zu kündigen und nur die erbrachten Leistungskomplexe zu erstatten beziehungsweise Rückforderungen an die Sozialstation geltend zu machen.
- Um einem Missbrauch von Leistungen vorzubeugen, sollten Kontrollbesuche nicht angekündigt werden und auch zu unterschiedlichen Tageszeiten stattfinden. Entsprechende Stellen sind hierfür im Bezirksamt zu schaffen.
- Zur Bekämpfung des Missbrauchs von Pflegeleistungen werden Mitarbeiter des Bezirksamtes ausschließlich für diese Aufgabe eingesetzt. Die Stichproben werden nach einem Plan gezogen, der von Fachleuten erarbeitet wird.
- Die Ermittlung der Leistungen in der "Hilfe zur Pflege" erfolgt an erster Stelle auf Basis der **Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen**. Das vermeidet doppelte Begutachtungen bei den Menschen.
- Bevor Rechtsstreitigkeiten um strittige Leistungskomplexe eingegangen werden, ist durch das Bezirksamt eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorzunehmen.

Nicht vergessen: Pflegeheime!

Für die CDU ist selbstverständlich, dass **Pflegebedürftige so lange wie möglich zu Hause**, also in der gewohnten Umgebung, versorgt werden (ambulant vor stationär). Gleichwohl kommt es regelmäßig in der letzten Lebensphase zu einer stationären Unterbringung.

Darauf muss der Bezirk vorbereitet sein. Bei größeren Bauprojekten werden heute schon zu Recht hohe Anforderungen an eine ausreichende Versorgung mit Kitas, Schulen und Parkplätzen gelegt. Hier gilt es, dies auf den Bereich der Pflege zu erweitern.



Die CDU fordert daher:

- Das Thema Pflege/Pflegebedürftigkeit ist in Form von würdevollen, **stationären Einrichtungen** oder ambulanten Angeboten bei allen größeren Neubauprojekten planerisch zu berücksichtigen. Die CDU Tempelhof-Schöneberg würde hier mehr kirchliche Träger begrüßen.
- Bei weiteren Planungen ist die zunehmende Zahl von zu Pflegenden mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen. Deshalb brauchen wir künftig mehr Pflegepersonal mit Migrationshintergrund, das auf die speziellen Probleme dieses Personenkreises eingehen kann.

Palliativversorgung

Laut einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung haben im Jahr 2014 nur 30 Prozent der Verstorbenen zuvor eine Palliativversorgung erhalten. Neben dem Mangel an Hospiz- und Palliativangeboten vor Ort wird auch **Unkenntnis über die Möglichkeiten einer palliativen Versorgung** als Grund dafür genannt. Wir wollen deshalb die Betroffenen über die Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativversorgung besser informieren.

Die CDU fordert daher:

- Der Bezirk muss Kontakt mit den Krankenkassen aufnehmen und mit diesen im Rahmen des neuen Beratungsangebots nach § 39b SGB V kooperieren.
- Der Bezirk soll, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Runden Tisches, Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Pflegestützpunkte, SAPV-Teams, Hospize, ambulante Hospizdienste etc. zusammenbringen und auf eine **gegenseitige Vernetzung** hinwirken.
- Gemeinsam mit den Kranken- und Pflegekassen sowie dem Hospiz- und Palliativverband Berlin e.V. soll der Bezirk **Strategien entwickeln**, die Patientinnen und Patienten sowie Ärzte und Pflegekräfte über die Angebote und Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativversorgung zu informieren.
- Ehrenamtliche Initiativen zur **Gründung von Hospizen** sind organisatorisch und - sofern möglich - auch finanziell bedarfsgerecht zu unterstützen.

